



Oliver Malchow: „Die Stimmung in der Polizei ist im Keller!“

Landesregierung beschließt weitere Einkommenskürzungen bei der Polizei

Kiel/tg – Bei der Landespolizei folgt derzeit eine Hiobsbotschaft der anderen. Nachdem Innenminister Klaus Schlie der Landespolizei jüngst eine Aufgabenreduzierung sowie Umorganisationsmaßnahmen zur Verkleinerung der sogenannten „Strategischen Lücke“ im operativen Dienst verordnet hat, soll es nach dem Willen der schwarz-gelben Koalition mit Ministerpräsident Peter Harry Carstensen an der Spitze für die einsatzgebeutelten Polizistinnen und Polizisten im Lande nun noch weitere Verschlechterungen ihrer Rahmenbedingungen geben. Gleichzeitig wird es den Ordnungshütern damit erneut an die Geldbörse gehen.

Schon seit längerem hatte sich abgezeichnet, was an Ungemach auf die Polizei zukommen soll. Innenminister Schlie und Finanzminister Wiegard waren es, die die Gewerkschaft der Polizei in unterschiedlichen Gesprächen über die vom Kabinett beschlossenen Spar- und Kürzungsmaßnahmen unterrichteten. Besonders einschneidend: Die Lebensarbeitszeit wird für Polizei- und Justizvollzugsbeamte von 60 auf 62 Jahre angehoben. „Mit der Anhebung der Altersgrenze wird ein Koalitionsversprechen gebrochen“, stellte der GdP-Landesvorsitzende Oliver Malchow empört fest. An den Gründen für eine besondere Altersgrenze für Polizei und Justiz habe sich prinzipiell nichts geändert: „Vollzugsbeamte müssen eine hohe körperliche Eignung nachweisen, sie müssen fit sein, sie müssen in der Lage bleiben, Strafverfolgung auch im Laufschrift zu gewährleisten“, so Malchow. Die Umsetzung soll voraussichtlich schrittweise nach den bereits auf Bundesebene geltenden Regelungen erfolgen.

Sehr schmerzhaft ist für die Ordnungshüter aber auch, dass sich CDU und FDP geeinigt haben, mit der Erhöhung der Lebensarbeitszeit die Ausgleichszulage ebenfalls zu streichen. Aber damit nicht genug. So wird die Erhöhung des Selbst-

behalts bei der Beihilfe um 20 Prozent erhöht. Konkret zum Beispiel für Beamte der Besoldungsgruppe A 10 von 150 € auf 180 €. Eine Angleichung bei den Ruhestandsbeamten ist ebenfalls vorgesehen. Und die finanzielle Anerkennung des Landes für 25-, 40- und 50-jährige Dienstzugehörigkeit in Form einer Jubiläumsspendung soll gleichermaßen dem Rotstift zum Opfer fallen.

Im gleichen Zuge hat das Landeskabinett jedoch auch beschlossen, mit einem Beförderungs- und Strukturpaket den Beförderungstau bei der Polizei schrittweise abzubauen. Damit war die GdP jedoch nicht zu besänftigen.

„Nachdem uns das Weihnachtsgeld gekürzt bzw. gestrichen worden ist, bedeutet die Streichung von Zulagen eine weitere Einkommensreduzierung, die weder gerechtfertigt noch unserer Arbeit gegenüber angemessen ist“, so Malchow. Und auch die Streichung der Ausgleichszulage sei überhaupt nicht akzeptabel, vor allem, weil der Abstand zu den üblichen Altersgrenzen fünf Jahre bleiben werde. „Es sieht so aus, als würden wir den größten Teil des Beförderungs- und Strukturpaketes selbst finanzieren“, so Oliver Malchow. Jedoch zeigte sich der GdP-Landesvorsitzende zu Verhandlungen mit den Regierungsfractionen und dem Innenministerium über ein langfristiges Beförderungs- und Strukturpaket bereit. Der Grund für die Bereitschaft: „Wir haben gerade in den Ämtern A 8/A 9 und A 10/A 11 einen erheblichen Beförderungstau mit fatalen Folgen. Hier muss endlich ein vernünftiges und durchdachtes Konzept auf den Tisch, das nicht morgen wieder kassiert werden kann“, verdeutlichte der GdP-Landesvorsitzende. Gleichzeitig machte Oliver Malchow noch einmal klar, dass ein weiterer Personalabbau bei der Landespolizei nicht mehr zu bewältigen wäre. „Gerade die hektische Einsatzzeit um die Hells Angels und Bandidos hat uns überdeutlich vor Augen geführt, wie schnell die Polizei



In Sorge: Oliver Malchow

an den Rand ihrer Kapazität kommen kann.“ Die Regierungsfractionen forderte Malchow auf, sich für die Polizei und für die Innere Sicherheit in ihren heutigen Fraktionsberatungen einzusetzen.

„Die Stimmung in der Polizei ist im Keller und inzwischen sehr gereizt. Das beobachten wir mit größter Sorge“, so der GdP-Landeschef abschließend.

Thomas Gründemann

TAUSCHGESUCH

PK (45) vom LKA BW (Kurzzeitausbildung für Aufstieg gD, auch für WSP binn) sucht Tauschpartner, möglichst östliches Schleswig-Holstein. Tel.: 01 60-3 53 31 07 oder 07 11-54 01 32 09, E-Mail: m.aschenbrandt@gmx.de oder matthias.aschenbrandt@polizei.bwl.de



Sparpaket: Schließung der JVA Flensburg politisch nicht durchdacht

„Der Justizvollzug ist schwer betroffen“, mit diesen Worten reagierte Thorsten Schwarzstock, Vorsitzender der GdP-Regionalgruppe Justizvollzug, auf die Sparbeschlüsse der Landesregierung. Neben der Erhöhung der Altersgrenzen im Vollzugsdienst und für Schwerbehinderte und der Selbsthalte bei der Beihilfe sowie dem Wegfall der Ausgleichsentschädigung und Jubiläumsszuwendung ist insbesondere die Schließung der kleinen Justizvollzugsanstalten nicht nachvollziehbar.

Die kleinen Justizvollzugsanstalten (JVA) sollen aus „Gründen der Wirtschaftlichkeit“ aufgelöst werden. Die JVA Flensburg (Foto), gerade erst für rund 2,1 Mio. Euro erweitert und saniert,

soll 2013 geschlossen werden. Bereits vorhanden, jedoch noch nicht einmal abgerechnet, ist die neue PNG-Anlage für insgesamt 280 000 Euro.

Die JVA Itzehoe und die Abschiebehafeinrichtung Rendsburg sollen jeweils bis spätestens 2020 geschlossen werden. „Diese Maßnahmen unter den Deckmantel der Wirtschaftlichkeit zu stellen, ist nicht nur fragwürdig, sondern aus Sicht der GdP unrealistisch und geht an dem vollzuglichen Alltag vorbei“, urteilt der Regionalgruppenvorsitzende.

Die Aufgabe der JVA Flensburg im Landgerichtsbezirk zwischen Flensburg, Niebüll, Husum und Schleswig beispielsweise zieht eine Verteilung der rund 70 Untersuchungs- und Strafgefangenen auf die Standorte Kiel, Neumünster und evtl. Lübeck nach sich. Für die Inhaftierten entsteht eine drastische Verschlechterung der Vollzugsbedingungen, für die Angehörigen erübrigen sich manche Angehörigenbesuche aufgrund fehlender finanzieller Möglichkeiten und für Polizei und Justizvollzug bedeutet dies wegen der hinzukommenden Fahrten in den Landgerichtsbezirk Flensburg einen zusätzlichen Aufwand an Personal- und Fahrzeugkosten in erheblichem Maße.

Die kurzen Wege zur Einlieferung Festgenommener in die JVA Flensburg sind künftig vorbei. Bei Festnahmen in der Region Flensburg/Nordfriesland ist die Polizei gezwungen, diese Personen in die JVA Neumünster oder Kiel zu verbringen, was längere Abwesenheiten vor Ort (insbesondere nachts) bedeutet.

Der Aufwand bei Geldeinzahlungen zur Abwendung einer Ersatzfreiheitsstrafe wäre völlig unverhältnismäßig. Die Flensburger Polizei müsste beispielsweise mit einer Person zur Einzahlung einer Geldstrafe von 10 € oder 20 € bis nach Neumünster oder Schleswig fahren.

Aber nicht nur die Polizei fährt. Jede Vernehmung während des Ermittlungsverfahrens führt zu weiterem Verkehr. Rüdiger Meienburg, Leitender Oberstaatsanwalt am Landgericht Flensburg: „Ich kann nicht jedes Mal einen Staatsanwalt für eine Vernehmung in Gang setzen. Die Untersuchungshäftlinge müssen gebracht werden.“

Laut Aussage des Anstaltsleiters Wilhelm Ziemer hat die JVA Flensburg teilweise bis zu vier oder auch fünf Einlieferungen von Häftlingen pro Tag. Die Un-



tersuchungshäftlinge bringt die Polizei künftig im Streifenwagen nach Neumünster in Untersuchungshaft. 24 Stunden später holt die Polizei die Häftlinge wieder zum Haftprüfungstermin nach Flensburg und fährt sie anschließend wieder zurück nach Neumünster. Auch würde es wieder enger werden in den verbleibenden JVA, urteilt die RG Justizvollzug. Das gepriesene Bauprogramm zur Schaffung von zusätzlichen Haftplätzen und zur Erfüllung des gesetzlichen Auftrages, alle Gefangenen menschenwürdig in Einzelhaftträumen unterzubringen, ist auf der Grundlage aller Vollzugseinrichtungen, also auch der kleineren Einrichtungen, berechnet worden. „Fällt nun ein Rädchen heraus,

Fortsetzung auf Seite 5

REDAKTIONSSCHLUSS

Redaktionsschluss der
Ausgabe 8/2010:
Donnerstag, 8. Juli 2010



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: Landesbezirk Schleswig-Holstein

Geschäftsstelle:
Max-Giese-Straße 22, 24116 Kiel
Telefon (04 31) 1 70 91
Telefax (04 31) 1 70 92

Redaktion:
Verantwortlicher Redakteur:
Thomas Gründemann
Geschäftsführender Landesvorstand
Max-Giese-Straße 22, 24116 Kiel
Telefon (04 31) 1 70 91
E-Mail: gdp-schleswig-holstein@gdp-online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GmbH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 32
vom 1. April 2009

Anzeigen-Repräsentant:
Walter Grote
Odenwaldstraße 14, 20255 Hamburg
Telefon (0 40) 40 94 34

Namentlich gekennzeichnete Beiträge
stellen nicht in jedem Fall die Meinung
der Redaktion dar.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6497



„Wir haben die Schnauze voll“

Lebhafte Diskussion um Sparmaßnahmen bei der Landespolizei – von Thomas Gründemann

Rendsburg – „Polizei zwischen Sparzwängen, Gewalt und Belastung – wohin führt der Weg in Schleswig-Holstein?“ – lautete die Überschrift einer öffentlichen Podiumsdiskussion, die die Regionalgruppe Schleswig-Holstein Mitte/Anfang Juni unmittelbar im Anschluss an eine Mitglieder-versammlung im „Hotel Hansen“ in Rendsburg organisiert hatte. Auf dem Podium stellten sich die Landtagsabgeordneten Werner Kalinka (CDU), Gerrit Koch (FDP), Gitta Trauernicht (SPD), Thorsten Fürter (Bündnis 90/Die Grünen) sowie Silke Hinrichsen (SSW) den Fragen des Regionalgruppenvorsitzenden Torsten Jäger, der die lebhafte Diskussion moderierte. Ergänzt wurde die Politikerriege durch Konrad Freiberg (GdP-Bundevorsitzender) und Andreas Kropius (Stellvertretender GdP-Landesvorsitzender und Vorsitzender des Hauptpersonalrates der Polizei).

Zu Beginn der Diskussion hielt Torsten Jäger die missliche Situation der Landespolizei vor Augen. Vor allem die wenige Tage zuvor von einer „Haushaltsstrukturkommission“ erarbeiteten und von der Landesregierung übernommenen Sparvorschläge bei der Landespolizei standen im Mittelpunkt der Kritik des Regionalgruppen-Vorsitzenden. „Was sollte dabei auch schon herauskommen“, monierte Jäger unter Hinweis auf die personelle Zusammensetzung der Kommission. Neben den Fraktionsvorsitzenden von CDU und FDP gehörten ausschließlich Finanzpolitiker sowie der Präsident des Landesrechnungshofes dazu. Gleichzeitig hinterfragte Torsten Jäger die Verlässlichkeit politischer Aussagen. Dabei erinnerte er an Aussagen des ehemaligen CDU-Fraktionsvorsitzenden Johann Wadephul, die dieser bei einer GdP-Jahreshauptversammlung im Jahre 2008 gegeben hatte. So hatte Wadephul seinerzeit die Planungen, die Ausgleichszulage für die zur Pensionierung anstehenden Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten zu streichen, „als Fehler“ bezeichnet und sie am Ende verhindert. Nun stehe sie überraschend aber doch schon wieder auf der Streichliste der Christdemokraten, sah Torsten Jäger Erklärungsbedarf. „Das soll noch einer verstehen“, so Jäger stirnrundelnd. Gitta Trauernicht, die wegen einer Terminüberschneidung nur den Auftakt der Veranstaltung erlebte, legte in der Diskussionsrunde vor. Es müssten die Strukturen verändert, jedoch nicht im Einzelnen bei der Polizei gespart werden, meinte sie. Und auch im Bereich der polizeilichen Prävention sei weiter zu investieren, so die Auffassung der Sozialpolitikerin. Danach ging es dann auch auf dem Podi-

um schnell „ans Eingemachte“. Kritik an der beabsichtigten Art und Weise der allgemeinen Erhöhung der Lebensarbeitszeit erhob Werner Kalinka. „Die Anhebung für die Vollzugsbeamten muss differenziert gesehen werden. Außendienstler sollten weiter mit 60 Jahren und Beamte mit verwaltender Tätigkeit erst mit 62 in den Ruhestand gehen“, meinte der CDA-Vorsitzende. Auch bei der zunehmenden Gewalt gegen Polizeibeamte als Vertreter des Staates seien weitere Akzente zu setzen. Ablehnend äußerte sich Kalinka gegenüber weiteren Zentralisierungsbestrebungen bei der Landespolizei. Dafür wiederholte der Christdemokrat seine Forderung nach einer zweiten Einsatzhundertschaft. Darüber hinaus verwies der CDU-Politiker auf ein mit dem Innenminister verabredetes Beförderungskonzept für die Polizei. Dünnhäutig reagierte er auf Zwischenrufe, die im weiteren Verlauf aus der Versammlung kamen. „Dann machen Sie doch Vorschläge, wie man es besser machen kann“, so Werner Kalinka. Entspannter präsentierte sich dagegen Gerrit Koch. „Bei den Ergebnissen der Strukturkommission handelt es sich lediglich um Vorschläge, die jetzt zur Diskussion stehen. Entscheidungen sind noch nicht gefallen“, bemühte sich Koch zu beschwichtigen. Wie der FDP-Politiker weiter berichtete, favorisierten sowohl Wolfgang Kubicki als auch er bei der Lebensarbeitszeitverlängerung ein „freiwilliges Modell“. Es lägen ihm keine Berechnungsmodelle im Zusammenhang mit der Anhebung der Lebensarbeitszeit vor. „Erst wenn mir auch eine entsprechende Berechnung vorliegt, werde ich mich entscheiden“, so Koch. Und auch bei der Ausgleichszahlung sei das letzte Wort

noch nicht gesprochen. Nicht auf der Streichliste stehe der Verkehrskasper. „Dazu würden wir auch eindeutig NEIN sagen“, erklärte der Lübecker Abgeordnete. Dagegen sollten nach seiner Auffassung auch die Spiegelreferate in der Polizei einer Prüfung unterzogen werden. Koch kündigte an, bei der Entscheidungsfindung auch Gespräche mit der GdP zu führen. „Einschnitte auch bei der Landespolizei sind notwendig“, erklärte dagegen der GRÜNE Thorsten Fürter. Dazu gehöre nach seinen Angaben auch eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit. Allerdings räumte Fürter ein, zur diskutierten Ausgleichszahlung nichts sagen zu können. Er wisse gar nicht, um was es sich dabei handle. Jedoch widersprach der GRÜNE der Einführung eines von der GdP geforderten zusätzlichen Straftatbestandes für Gewalttaten gegen Polizeibeamte. „Damit wird das Problem nicht gelöst. Der Straftatbestand des Widerstandes gegen Vollstreckungsbeamte ist ausreichend“. Besorgt zeigte sich Silke Hinrichsen (SSW) über mögliche Zentralisierungsbestrebungen auch bei der Landespolizei. „Ich finde es nicht gut, wie hier gedacht wird“, so Hinrichsen. Dabei beanstandete die Politikerin auch eine Unterversorgung des ländlichen Raumes mit Polizisten. „Es gibt kaum noch einen Einsatz, den ein Polizist alleine wahrnehmen kann“, gab Hinrichsen zu bedenken. Und auch die Sparpläne der Landesregierung fänden nicht die Zustimmung der SSW-Abgeordneten. Es fehle ein Konzept. Die Streichung der Ausgleichszulage hielt Silke Hinrichsen für nicht notwendig. „Und wie die Polizei in Zukunft ihre Aufgabe wahrnehmen kann, darüber lese ich nichts“, so die SSW-Abgeordnete. Deutliche Worte fand auch Andreas Kropius. Jede Form der beabsichtigten Verlängerung der Lebensarbeitszeit lehne die GdP und auch er persönlich ab. „60 reicht, das ist meine innerste Überzeugung!“ Die Streichungen der Ausgleichszulage und der Jubiläumszuwendungen seien letztlich weitere Gehaltskürzungen bei der Polizei. Unterm Strich würden auch die Finanzmittel für beabsichtigte Beförderungen abermals von der Polizei selbst erbracht. „So geht es nicht, wir haben die Schnauze voll“, ließ Kropius seinem Zorn freien

Fortsetzung auf Seite 4



Fortsetzung von Seite 3

Lauf und erntete dafür den energischen Beifall der über 100 Versammlungsteilnehmer.

Konrad Freiberg kritisierte in seinem Statement die Ungerechtigkeit bei der Lastenverteilung. Seine Kritik ergänzte er mit der Forderung „nicht nur einzusparen“, sondern die Einnahmen des Staates beispielsweise durch Anhebung der Vermögens-, Transaktions- und Erbschaftssteuer zu erhöhen. Im Zusammenhang mit der Diskussion um die Lebensarbeitszeit von Polizisten hielt der GdP-Bundesvorsitzende noch einmal die vielfältigen körperlichen und psychischen Belastungen im Leben eines Polizeibeamten und deren Folgen vor Augen. Diese Belastungen gäbe es in keinem anderen Beruf. 25 Prozent aller Polizisten litten an Burnout.

Frank Poster, der GdP-Landesseniorenvorsitzende, hielt den anwesenden Politikern eine Statistik über die Lebenserwartung von Berufsgruppen unter die Nase. Danach würden Polizisten durchschnittlich 64,4 Jahre alt. „Wenn die Lebensarbeitszeit um zwei Jahre erhöht wird, würde jeder Kollegin und jedem Kollegen nach der Pensionierung nur gut



Diskutierten auf dem Podium: Werner Kalinka, Gerrit Koch, Gitta Trauernicht, Andreas Krogius, Konrad Freiberg, Thorsten Fürter und Silke Hinrichsen.
Foto: tg

zwei Jahre bleiben. „Stoppen Sie diese wahnsinnigen Planungen“, rief Poster den Abgeordneten zu. Doch merklich beeindruckt von verschiedenen gereizten Zwischenrufen der Versammlungsteilnehmer kam Werner Kalinka zu der Erkenntnis des Tages: „Ich bin berührt über die spürbare Entfremdung zwischen Ihnen und den politisch Verantwortlichen. Die Feststellung Kalinkas nutzte Thorsten Jäger am Ende einer rund zweieinhalbstündigen und kontrovers geführten Diskussion zu einem nachvollziehbaren Appell an die Politik: „Die Polizei will sich in Zukunft auf politische Aussagen auch verlassen können!“

Mit einer Resolution (s. www.gdp-sh.de) gegen die beabsichtigten Sparmaßnahmen unterstrich die Regionalgruppe Schleswig-Holstein Mitte ihre Forderungen an die Mitglieder des Landtages. Diese wurden aufgefordert, bei den kommenden Gesetzgebungsverfahren zur Umsetzung der Sparvorhaben des Kabinetts bzw. der Strukturkommission nicht **die Augen** vor den besonderen Belastungen und Anstrengungen der Polizei zu verschließen.

Anm. d. Red.: Über den Verlauf der internen Mitgliederversammlung wird in der kommenden DP-Ausgabe berichtet.

Wir gedenken unserer verstorbenen Kolleginnen und Kollegen

Fritz Hoyer, 81 Jahre
Regionalgruppe AFB

Ulrich Hoepke, 69 Jahre
Günther Janzen, 86 Jahre
Gottfried Lange, 85 Jahre
Ernst-Otto Martensen, 83 Jahre
Henning Naffin, 53 Jahre
Alfred Pietrass, 93 Jahre
Charlotte Sievert, 97 Jahre
Ernst Stief, 86 Jahre
Kurt Wachholz, 92 Jahre
Siegfried Werner, 71 Jahre
Otto Wiebers, 96 Jahre
Regionalgruppe Kiel-Plön

Günter Klafki, 68 Jahre
Gertrud Schwertfeger, 96 Jahre
Ilse Walter, 89 Jahre
Regionalgruppe Lauenburg-Stormarn

Horst Burkert, 47 Jahre
Siegfried Edler, 70 Jahre
Otto Fischer, 95 Jahre
Hans-Georg Grossmann, 85 Jahre

Harry Langanke, 82 Jahre
Erich Neumann, 93 Jahre
Horst Ulrich Pajong, 75 Jahre
Martha Peters, 97 Jahre
Inge Pitschat, 88 Jahre
Heinz Prasse, 94 Jahre
Werner Probian, 80 Jahre
Günther Riedel, 87 Jahre
Axel Ruland, 53 Jahre
Thomas Schunter, 60 Jahre
Hildegard Stamer, 89 Jahre
Erich Walden, 89 Jahre
Erwin Wedig, 84 Jahre
Regionalgruppe Lübeck-Ostholstein

Friedrich Buhl, 88 Jahre
Kirsten Koch, 49 Jahre
Hans-Friedrich Petersen, 80 Jahre
Aloysius Wegner, 78 Jahre
Regionalgruppe Nordfriesland

Karl Hansen, 83 Jahre
Ernst-Dieter Heydtmann, 79 Jahre
Herbert Knorr, 80 Jahre
Oliver Ludwig, 45 Jahre

Bruno Mohr, 74 Jahre
Werner Rolfs, 72 Jahre
Wolfgang Wende, 55 Jahre
Regionalgruppe Schleswig-Flensburg

Hildegard Brandt, 96 Jahre
Ernst-Günther Gennies, 74 Jahre
Johannes Kähler, 89 Jahre
Adolf Kraze, 69 Jahre
Herta Kühn, 80 Jahre
Max Kultscher, 80 Jahre
Bronislawa Michalski, 90 Jahre
Alfred Rabe, 89 Jahre
Wilhelm Rupieper, 97 Jahre
Regionalgruppe Schleswig-Holstein Mitte

Herta Moldenhauer, 98 Jahre
Walter Schmidt, 89 Jahre
Regionalgruppe Segeberg

Gerhard Birkholz, 94 Jahre
Wolfgang Lehmann, 75 Jahre
Elisabeth Schulze, 95 Jahre
Regionalgruppe
Steinburg-Dithmarschen



Internet und Polizeiarbeit

Bündnis 90/Grüne verlangen in einer Kleinen Anfrage Auskunft zur Situation um die Anbindung der Polizei an das Internet

Kiel. Der Innenpolitische Sprecher von Bündnis 90/Die Grünen Thorsten Fürter will Auskunft über die IT-Ausstattung und -Anbindung der Landespolizei. Die insgesamt 15 Fragen umfassende Anfrage kann im Wortlaut unter www.gdp-sh.de abgerufen werden.

Thorsten Fürter kommentiert die Antwort der Landesregierung folgendermaßen:

„Bei der Anbindung der Polizei an das Internet gibt es noch erhebliche Defizite. Die Anzahl der Straftaten im Internet hat in den vergangenen Jahren stark zugenommen. So schnellten etwa die Delikte Waren- und Warenkreditbetrug mit Hilfe des Internets in Schleswig-Holstein laut der jüngsten Polizeilichen Kriminalstatistik (2009) um fast 40 Prozent auf 6200 Fälle nach oben. Wer diese Entwicklung ernst nimmt, kann nur zu dem Schluss kommen: Auch die Polizei braucht eine Auffahrt zur Datenautobahn, wie sie für Unternehmen und immer mehr Privatleute Standard ist.“

Wenn gerade einmal 213 von 5391 Computer-Arbeitsplätzen einen Breitbandzugang haben, ist das nicht gewährleistet. Das bedeutet zum Beispiel, dass in der Polizeidirektion Kiel nur 16 von

748 und in der Polizeidirektion Flensburg nur 13 von 474 einen solchen schnellen Zugang haben. Das ist viel zu wenig, weil der schnelle Zugang zum Internet auch bedeutet, schnell und unkompliziert auf Informationen zugreifen zu können, die für die Verfolgung der Kriminalität erforderlich sind.

Der Zugriff auf Webangebote, die für die Polizei bei ihrer Arbeit extrem hilfreich sein können, setzt moderne Zugänge zum World Wide Web voraus. Innenminister Schlie braucht eine Strategie, wie die Polizeicomputer besser ans Netz angebunden werden. In der kommenden Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses werde ich um eine zügige Berichterstattung durch das Innenministerium zur Entwicklung einer solchen Strategie bitten.

Die Polizei wird von den angekündigten Sparanstrengungen der Regierung nicht ausgenommen. Wir Grüne haben wiederholt unsere Bereitschaft erklärt, auch schmerzhaft Einschnitte mitzutragen, beispielsweise die Erhöhung des Pensionsalters auf 62 Jahre. Das ändert aber nichts daran, dass wir in Schleswig-Holstein eine gut ausgestattete Polizei brauchen, die auch technisch auf dem neusten Stand ist.“

Wir gratulieren

zur Beförderung zum Polizeioberst

Frank Knoop, RG Kiel-Plön

zur bestandenen Prüfung und Absolvierung des Qualifizierungslehrganges

Norina Gloy-Leinweber, RG Kiel-Plön

zum/ zur Polizeimeister/-in

Filip Bälder, Ulf Brandt, Sascha Domke, Christian Kautz, Jessica Kirchner, Tim Meinecke, Jan Neumann, Franziska Nicklas, RG AFB

zur Vermählung

Guido Kremer und Ehefrau, RG Kiel-Plön; Daniel Wiebe und Ehefrau, RG Lübeck-Ostholstein; Lena-Marie Hoffmann geb. Thomsen und Ehemann, RG Segeberg

In den Ruhestand traten

Joachim Willer, RG Kiel-Plön; Holger Holst, RG Lübeck-Ostholstein; Johannes Schaer, RG Nordfriesland; Matthias Pusch, RG Segeberg; Dieter Hamann, Wilfried Welsch, RG Steinburg-Dithmarschen

Wir bitten alle Kolleginnen und Kollegen um Verständnis, dass wir nur diejenigen namentlich erwähnen konnten, die uns vor Redaktionsschluss von ihrer Regionalgruppe genannt wurden.

JUSTIZVOLLZUG

Fortsetzung von Seite 2

kommt der Rest gewaltig ins Trudeln. Die geforderte Einzelunterbringung der Inhaftierten wird es so ohne zusätzliche Investitionen an anderer Stelle nicht geben können. Auch die Qualität des Vollzuges wird leiden, wenn wir wieder einen Schritt zurück in engere oder möglicherweise überbelegte Anstalten mit dann überforderten Personal machen“. Die aus Sicht der Regionalgruppe Justizvollzug undurchdachte „Idee“ zur Auflösung der kleinen Vollzugsanstalten stammt aus dem Justizministerium selbst. Dort versteckt man sich nun hinter Zahlen des Landesrechnungshofes hinsichtlich der künftigen baulichen Investitionskosten. Wieviel Kosten/Personal glaubt die Landesregierung denn tatsächlich durch die Schließung der JVA Flensburg einzusparen, wenn die vermehrt anfallenden Ge-

fangenentransporte gegengerechnet werden? Von den entstehenden Folgekosten, die auf Justizvollzug, Polizei, Staatsanwaltschaft und Gerichte zukommen, will anscheinend niemand im Justizministerium etwas hören. Wie hoch das Einsparpotenzial aufgrund zusätzlich aufzubringender Kosten für Begleitpersonal, Fahrzeuge, Benzinkosten usw. dann tatsächlich noch wäre, mag niemand zu sagen. Und wer finanziert die anfallenden Reise- und Sachkosten der Flensburger Rechtsanwältinnen?

Vereinfacht dargestellt würden die durch die Schließung der JVA Flensburg eingesparten Kosten lediglich auf die Vollzugsstandorte Neumünster und Kiel, auf die Flensburger Gerichte und Staatsanwaltschaft und auch auf die Polizei in Flensburg verlagert.

Den großen Wurf vermögen die in Flensburg Beschäftigten jedenfalls nicht

zu erkennen. „Vielleicht ist ja noch ein Pfeil im Köcher, den man uns nur noch nicht zeigt“. Aber auch eine außerordentliche Personalversammlung in der JVA Flensburg, auf der der anwesende Justizminister zugeben musste, dass der durch die Haushaltsstrukturkommission in die Öffentlichkeit gebrachte Schließungsvorschlag der JVA Flensburg in seinem eigenen Ministerium erarbeitet worden war, hinterließ bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nicht den Eindruck eines durchdachten Konzeptes, sondern eher Ratlosigkeit gepaart mit emotionaler Betroffenheit. Manche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter fühlten sich durch das Ministerium regelrecht „hinters Licht“ geführt.

Die GdP wird gemeinsam mit Anstaltsleitung und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern weiterhin für den Bestand der JVA Flensburg kämpfen.



Fünf Ordnungshüter auf heißen Reifen

Limburg – Erst pünktlich zum Nikolaustag vergangenen Jahres hatte sich das Rennteam vom Polizeirevier Wedel selbst das schönste Geschenk gemacht und den 1. Polizei-Kart-Cup in Norderstedt gewonnen. Ein Sieg, der Lust auf mehr bei den Rolandstädter Ordnungshütern machte. Teamchef Stefan Behrendt war es schließlich, der auf der Suche nach ähnlichen Veranstaltungen im Internet fündig wurde und seine Teamkollegen dazu begeistern konnte, zur Teilnahme am GdP-Kart-Cup 2010 in Limburg/Lahn (Hessen) auf Reisen zu gehen.

So machte sich das Wedeler Rennteam, bestehend aus den Piloten Tom Lehmann, Mark Jansen, Christopher Werner, Mark Bagemühl und dem Teamchef Stefan Behrendt, einen Tag vor der Veranstaltung per ICE auf den Weg nach Limburg und begab sich nach der Ankunft und dem Check-in direkt zur Kartbahn, um die absolut beeindruckende 1000 Meter lange Strecke mittels erworbenem „All-You-Can-Drive“-Ticket bis in die späten Abendstunden hinein noch ein wenig kennenzulernen. Ein Aufwand, der sich lohnen sollte. So konnten doch die Rundenzeiten um gut drei bis vier Sekunden verbessert werden und die Wedeler Kart-Freaks zufrieden und gut vorbe-

reitet auf das bevorstehende Rennen ins Hotel zurückkehren. Gleich nach der erneuten Ankunft an der Strecke am frühen Morgen des Renntages wurden die fünf Schleswig-Holsteiner freundlich durch den Vorsitzenden der Jungen Gruppe der GdP Hessen, Antonio Pedron, begrüßt. Pedron war es auch, der die Grüße vom GdP-Landesvorstand Schleswig-Holstein überbracht bekam und sich sehr erfreut darüber zeigte, auch ein Team aus dem nördlichsten Bundesland Deutschlands willkommen heißen zu dürfen. Nach der Ausgabe der Verpflegungsmarken, der Rennoveralls an die Fahrer wurde es dann um 9.30 Uhr mit einem einstündigen Training, welches auch als Qualifying



diente, langsam ernst. „Bereits hier war uns klar geworden, dass wir es im Rennen nicht leicht haben werden“, so Teamchef Behrendt, der sich überrascht von der starken, zum Teil mit professionellen Rennfahrern bespickten Konkurrenz zeigte. Stephan Opitz (Rennkoordinator von „Hunter-Racing“), der vor kurzem sogar am Weltcup-Finale in Paris teilgenommen hatte, war dabei nur ein nennenswerter „Hochkaräter“ im anspruchsvollen Teilnehmerfeld.

Im Qualifying erreichte das Wedeler Team dann schließlich einen guten 7. Startplatz. Das Rennen selbst, bestehend aus 13 Teams, startete dann pünktlich um elf Uhr. Über drei Stunden sollte hier erbittert gekämpft werden. Auf jeden der fünf Teammitglieder warteten nun 30 Minuten Fahrzeit. Hierbei wurden die Rundenzeiten stetig verbessert, sodass die beste Zeit vom Team nur knapp hinter der absoluten Bestzeit lag. Das Wedeler Team konnte sich im Laufe des Rennens gut nach vorne kämpfen und erreichte letztendlich als 5. das Ziel. Die eigenen Erwartungen wurden mit diesem Ergebnis sogar übertroffen. Teamchef Stefan Behrendt: „So weit vorne mitzufahren, hätten wir nie erwartet, da uns die Streckenkenntnis und die vorherigen Trainings fehlten.“ Alles in allem war dies eine sehr gelungene und gut organisierte Veranstaltung der GdP. Ein Ansprechpartner für Probleme stand immer zur Verfügung, es gab einen Grillstand, an dem mit den Essenmarken leckere Würstchen und Kartoffelsalat abgeholt werden konnten. Außerdem gab es auch ausreichend Getränke, die ebenfalls kostenlos mit den Getränkemarken abgeholt werden konnten. Abschließend lobten die Wedeler den Veranstalter für das tolle Event und freuen sich bereits auf eine erneute Teilnahme im nächsten Jahr auf der größten Indoor-Kartbahn Deutschlands in Limburg.

SENIORENREISE 2010

Über den Teutoburger Wald ins Erzgebirge

5-tägige Reise vom 6. bis 10. September 2010 ab 389 €

Sie wohnen im komfortablen Hotel „Zur Linde“ in Bad Meinberg im Ortsteil Billebeck in landschaftlich reizvoller Lage um das Naturschutzgebiet Norderteich. Alle im altdeutschen Stil sehr gemütlich eingerichteten Zimmer sind mit Du/WC und Telefon ausgestattet. Erholung, ausspannen, alles ist im Hotel möglich. Hallenbad, Sauna, Whirlpool, Solarium, Kegelbahn und Tischtennis bieten Ihnen Sport und Erholung.

Leistungen: • Fahrt im erstklassigen Fernreisebus • Frühstück auf der Hinfahrt im Bus • 4 Ü/Frühstücksbüfett im Hotel • 4 x Abendessen im Hotel • Begrüßungsgetränk • geführte Wanderung • Tanz-, Video- und Kegelabend • Weser-Schiffahrt • Eintritt Adlerwarte • alle Ausflüge (ohne Eintrittskosten) • Führungen in Bad Driburg und Höxter • kostenlose Benutzung von Schwimmbad, Sauna und Whirlpool

Das alles zum Preis von: **389,- €**

(EZ: + 40 € / Reiserücktrittskostenversicherung + 11,50 €)

Veranstalter: Reisedienst Bölck, Schuby / Mindestteilnehmerzahl: 40 Personen

Seniorengruppenvorstand der Gewerkschaft der Polizei in Schleswig-Holstein, Max-Giese-Straße 22, 24116 Kiel, Telefon 04 31-1 70 91/Telefax 04 31-1 70 92, E-Mail: gerda.schuemann@gdp-online.de; Internet: www.gdp-sh.de





JAHN REISEN

KORFU | ERMONES Grand Mediterraneo Resort & Spa ■■■■■

1 Woche im DZ, Frühstück, Flug
pro Person ab **€850,-**

Hotel der Luxusklasse. 18-Loch-Golfplatz in der Nähe.

GRAN CANARIA | PLAYA TAURITO Isti Valle Taurito ■■■■□

1 Woche im DZ, HP, Flug
pro Person ab **€967,-**

Green-Fee-Ermäßigung auf dem ca. 8 km entfernten Golfplatz.

Zwischenverkauf, Druckfehler und Preisänderungen vorbehalten. Stand Juni 2010.

Unser Partner:

PSW Reisen
Max-Giese-Straße 22 · 24116 Kiel
Tel. 0431 17093 · Fax 0431 1221020
E-Mail: psw-reisen.kiel@t-online.de



URLAUB, WIE ICH IHN MAG.

Auf Schlemmerfahrt zum Minipreis! An Bord der TT-Line: Travemünde – Trelleborg in 2 Tagen

2010

Frische Seebrise, kein Lärm, kein Stress, einfach nur abschalten – verwöhnen und genießen auf der Ostsee. Erleben Sie das entspannte und genussvolle Leben an Bord der *NILS HOLGERSSON* auf der Fahrt ins südschwedische Trelleborg. Und die eingeschlossenen Schlemmereien, wie das Captains Büfett, das Frühstücksbüfett und Kaffee und Torte machen diese Reise zu einem besonderen Erlebnis.

Reiseablauf: 1. Tag: Ab 19.00 Uhr Einschiffung und Kabinenbelegung. 20.00 Uhr Abendessen beim Captains Büfett. 22.00 Uhr Abfahrt Richtung Schweden. Tagesausklang in der Panorama Bar. 2. Tag: Frühstücksbüfett. 07.30 Uhr Ankunft Trelleborg. Möglichkeit zum kurzen Landgang. 10.00 Uhr Abfahrt. Freizeit an Bord. Nachmittags Kaffee und Torte in der Panorama Bar. 18.30 Uhr Ankunft Travemünde.

Unsere Termine und Preise pro Person:

Abendbüfett bzw. Captain's (Summer) Büfett
25.07.2010 - 23.10.2010 - 05.11.2010 - 20.11.2010

Innenkabine 63,33 € / Außenkabine 68,88 €

Weihnachtsbüfett
18.12.2010

Innenkabine 70,33 € / Außenkabine 75,88 €

Inkludierte Leistungen:

* Schiffsreise Travemünde – Trelleborg und zurück * Kabinenplatz in der gebuchten 2-Bett-Kabine auf der gesamten Reise * 1 x Abendbüfett „Essen und Tischgetränken satt!“ * 1 x Frühstücksbüfett, * 1 x Kaffee und Torte am 2. Tag
Mindestteilnehmerzahl: 20 Personen pro Termin/Änderungen möglich / Veranstalter: TT-Line

Nähere Informationen und Buchungen bei uns:

PSW-Reisen

Max-Giese-Str. 22, 24116 Kiel
Telefon 0431-17093 / Fax 0431-17092
eMail: psw-reisen.kiel@t-online.de

Hans-Böckler-Str. 2, 23560 Lübeck
Telefon 0451-5021736 / Fax 0451-5021758
eMail: psw-reisen.luebeck@t-online.de

Weitere Infos: www.psw-tours.de



Und was sonst noch so war ...

11. Mai

Landtagspräsident Torsten Geerds lädt am Abend zu einem Empfang in den Landtag ein. Seine Gäste sind Soldaten und Polizeibeamte, die aus Auslandseinsätzen zurückgekehrt sind. Der Präsident bedankt sich bei seinen Gästen für ihren Einsatz, der oft unter lebensgefährlichen Bedingungen stattfindet. Für die GdP nimmt Thomas Gründemann an dieser Veranstaltung teil.

25. Mai

Auf meinem Schreibtisch landet eine hoch interessante Synopse. Sie beinhaltet einen Euro-genauen Vergleich der Grundgehaltsätze bei Beamtinnen und Beamten. Die Föderalismusreform lässt grüßen. Ein Beispiel: Die Endstufe zu A 9 beträgt in

- Schleswig-Holstein 2759,42 €
- Bayern 2762,05 €
- Thüringen 2838,00 €
- beim Bund 2877,00 €

Aber auch das gehört dazu: Bayern und Brandenburg zahlen Sonderzuwendungen – entweder als Einmalbetrag (500 € Brandenburg) oder 65 bis 70% für Aktive in Bayern.

27. Mai

Mit Hilfe von GdP-Rechtsschutz sollte vor dem Schleswig-Holsteinischen Finanzgericht geklärt werden, ob Sportbekleidung als Werbungskosten steuerrechtlich absetzbar ist. Die Klägerin, eine Polizeioberkommissarin, führte in der Klage an, dass sie verpflichtet sei, mindestens zwei Stunden pro Woche Dienstsport zu betreiben. Sie legte dem Gericht eine Aufstellung ihrer im Steuerjahr angeschafften Sportbekleidung vor, die nicht durch den Dienstherrn finanziert werde. Insgesamt waren dies 258,85 €. Das beklagte Finanzamt beantragte, die Klage abzuweisen. Bei Sportbekleidung könne immer eine private Mitnutzung unterstellt werden. Bei diesem Fall machte es sich das Finanzamt noch etwas schwieriger und recherchierte mit dem Namen der Klägerin im Internet. Dabei stellte sich heraus, dass sie an verschiedenen Sportveranstaltungen teilgenommen habe. Diese Erkenntnisse wurden dem Gericht vorgetragen. Das stellte fest: „Nach Ausschöpfung aller Erkenntnismöglichkeiten konnte das Gericht nicht zu der Überzeugung gelangen, dass das auslösende Moment für die Anschaf-

fung der Sportbekleidung beruflicher Natur ist.“

31. Mai

Letzter Tag für Erich Seeck. Der Ministerialrat war lange Zeit in verschiedenen Funktionen der Landesregierung, vor allem im Innenministerium, Begleiter und Gesprächspartner der GdP. Einst leitete er die Wirtschaftsverwaltung der Polizei, dann war er – nach Aufstieg in den höheren Dienst – der zuständige Referent im Innenministerium. Zuletzt hatten wir mit ihm in seiner Rolle als „Dienstrechtspapst“ zu tun. Nach einer Organisationsänderung in Folge der letzten Landtagswahlen 2009 wurde der gesamte Komplex Dienstrecht von Innen- auf das Finanzministerium übertragen – mit ihm wechselte auch Seeck.

1. Juni

Die Gruppensterbegeld-Versicherung der GdP wurde bisher von der früheren Geschäftsstellenmitarbeiterin Telse Ploog erledigt. Für ihre engagierte und weit über den Ruhestand hinausgehende Arbeit dankte ihr Oliver Malchow. Neue Ansprechpartnerin für alle Fragen rund um die DBV-Sterbegeldversicherung ist Marita Eger. Die Sachbearbeiterin ist regelmäßig mittwochs von 9.00 Uhr bis 12.00 Uhr in der GdP-Geschäftsstelle, Telefon 04 31/1 22-10 16, zu erreichen.

3. Juni

Man hört sonst wenig von ihr, viele kennen kaum ihren Namen: Dr. Juliane Rumpf. Sie ist Landwirtschafts- und Umweltministerin in Schleswig-Holstein. In einem Schreiben wandte sie sich an die Gewerkschaften in der Region Kiel. Ihr Ziel war es, Fahrgemeinschaften mit Hilfe eines Penderportals zu gründen. In ih-

rem Schreiben heißt es: „Allein in Kiel gibt es rund 52 000 Einpendler und 20 000 Auspendler. Von Fahrgemeinschaften profitieren alle. Die Nutzer sparen Fahrtkosten, das Pkw-Aufkommen und die durch den Verkehr aufkommenden Immissionen werden geringer.“ Wer das Projekt unterstützen will, kann sich an Herrn Simon im Ministerium unter 04 31/9 88-73 54 wenden.

4. Juni

Heute erhalten wir vom GdP-Landesbezirk Rheinland-Pfalz eine Meldung zur Belastung des Polizeiberufes. Die Hochschule Magdeburg Stendal untersuchte von April 2006 bis September 2009 den Bedarf an berufsspezifischer Gesundheitsfürsorge von haupt- und ehrenamtlichen Einsatzkräften der Landes- und Bundespolizei, der Feuerwehr, des Rettungsdienstes und des Technischen Hilfswerks. Im Rahmen der Untersuchung haben über 10 000 Einsatzkräfte an einer schriftlichen Befragung teilgenommen. Dabei zeigten sich deutliche Unterschiede zwischen polizeilichen und nicht polizeilichen Einsatzkräften. Bei Polizeibeamten wird beispielsweise durch die Wahrnehmung der Quantität der Arbeitsbelastung das subjektive Wohlbefinden erheblich stärker beeinträchtigt als bei nicht polizeilichen Einsatzkräften. Das BMI und das Bundespolizeipräsidium wollen das Angebot an Gesundheitsfürsorge nun entsprechend den neuen Erkenntnissen anpassen. Der vollständige Forschungsbericht mit allen Ergebnissen und Handlungsempfehlungen der Hochschule Magdeburg Stendal steht beim Bundesinnenministerium zum Download bereit unter <http://www.bmi.bund.de/cae/serlet/contentblob/942146/publicationFile/61692/studie.pdf>

Seminar „Einführung ins Tarif- und Arbeitsrecht“

KIEL/BAD SEGEBERG. Ein Einführungsseminar in die Grundzüge des Arbeits- und Tarifrechts bietet die Gewerkschaft der Polizei am 24. August 2010 an. Stichworte zum Inhalt sind: Arbeitsrecht und Tarifvertrag, Einstellung und Kündigung, Urlaub, Personalakte, Interessenvertretung vor Ort, Rechte und Pflichten. Teilnehmen können alle interessierten GdP-Mitglieder aus dem Landesbezirk. Tagungsort ist das DAK-Tagungszentrum Bad Segeberg. Der Landesbezirk übernimmt die Kosten der Veranstaltung. Anmeldungen bitte bis zum 30. Juli 2010 an die GdP-Geschäftsstelle, Dorith Stubenrauch-Schulz, E-Mail: Dorith.Schulz@gdp-online.de

